

# Die Versprechen von CETA & CO

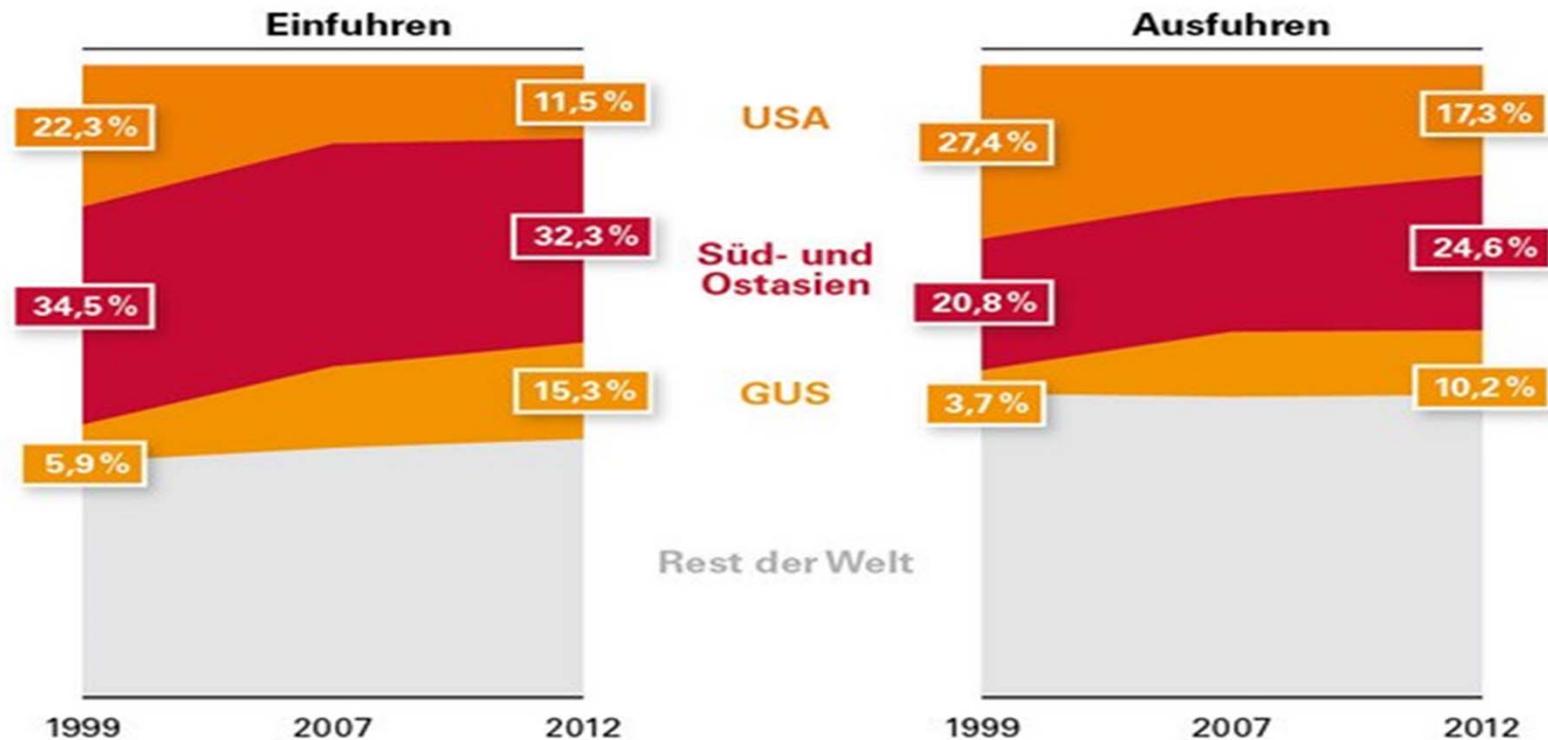
- **Wirtschaftliches Wachstum + Zuwachs an Arbeitsplätzen**
  - Ifo Studie **unplausibel und inkohärent** laut EU + Prof. Dr. M.S.Fifka/Uni Erlangen
- **Stärkung der Achse Amerika & EU gegen Asien** zur Sicherung der Vorherrschaft
  - **Transatlantische Wirtschaftsrat** seit 2007 bereits sehr erfolgreich
- **Amerika = wichtigster Wirtschaftspartner der EU**
  - **Süd- und Ostasien sind im Handel für EU + USA viel bedeutender** als der Handel zw. EU + USA und umgekehrt
  - **Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft sagt nein!**



# Die tatsächlichen Handelsbeziehungen

## Umverteilung bei den Handelspartnern

Beim Außenhandel der Europäischen Union betrug der Anteil der ...



Quelle: IMK 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

# Was würde den Handel wirklich fördern?

## Internationale Verträge zur Eindämmung nachfolgender Probleme

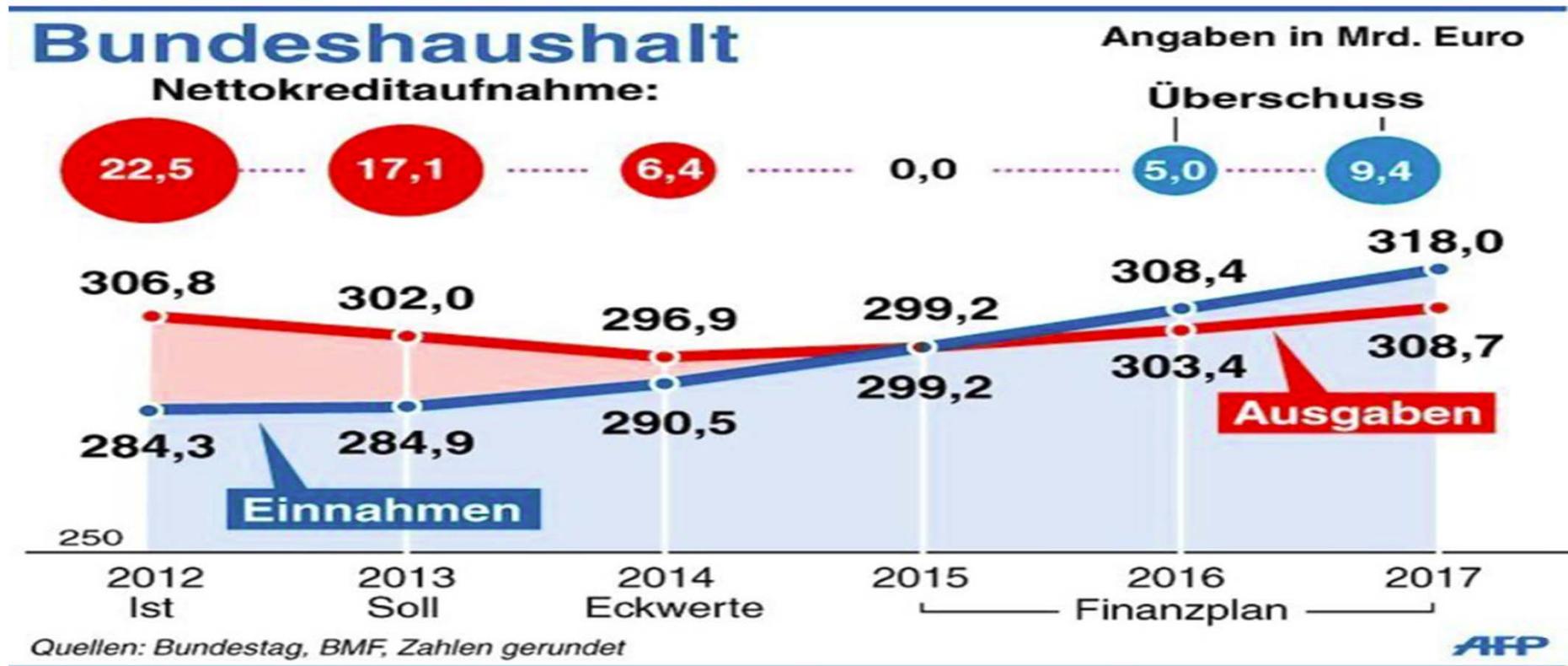
- **A) Devisenspekulationen** von täglich 5,3 Billionen greifen bis zu 25 % an Wertschöpfung ab (TAZ 19.07.2014 Ulrike Herrmann)
- **B) Steuerausfälle** (legale Steueroptimierung + Steuerhinterziehung) von 1 Billionen € jährlich in der EU (FAZ 06.12.2012 Manfred Schäfer)
  - Das mit Vertretern der **transnationalen Konzerne** besetzte **International Accounting Standards Board** der EU müsste seinen Status verlieren. (Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2014 Susan George)
- **C) Steuerdumping** in den 80ziger Jahren betrug die Unternehmenssteuern noch 40 % (VW hatte 2013 eine Gesamtsteuerlast von 13 %) (SZ 15.10.14 Bastian Brinkmann)
- **D) Ausbreitende Armut bremst das Wirtschaftswachstum** lt. OECD wäre das Wirtschaftswachstum in Deutschland um 6 % höher bei einer gleichbleibenden Einkommensungleichheit (Zeit Online 06.12.2014)



# Der Jahreshaushalt des Bundes

323692\_1\_lightbox\_51409bc0c68d9.jpg 700x506 Pixel

18.03.15 07:29



# Was bedeuten Freihandelsabkommen

- Freihandelsabkommen sind **auf Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen ausgerichtet.**
- **Regulative oder quantitative Einschränkungen** dieses Handels werden als **Handelshemmnisse** angesehen, die es abzubauen gilt.
- Elemente, die öffentliche Dienstleistungen schützen sollen, sind strukturell **defensive Instrumente**, die als eng ausgelegte Ausnahme- und Rechtfertigungstatbestände in den Verträgen enthalten sind,
- für die der **Staat die Darlegungs- und Beweislast trägt.**

Auszug aus Rechtsgutachten von Prof. M. Krajewski Uni Erlangen-Nürnberg vom 01.10.2014



# Was CETA & TTIP & TiSA verbindet

Die Verhandlungsdynamik ist einseitig und eindeutig auf unternehmerische Interessen ausgerichtet. **Wer sich für das Gemeinwohl einsetzt** und lebenswichtige Sektoren oder entscheidende Bereiche der öffentlichen Politik aus dem Geltungsbereich dieser Abkommen ausklammern will, **muss jedes einzelne Gefecht gewinnen**, während die **Unternehmenslobby**, die diese Politik im Visier hat, **nur eine Schlacht gewinnen muss.**

Quelle: TISA **contra** öffentliche Dienste PSI April 2014



# Elemente des CETA und die Folgen

2. .... **Investor-Staats-Schiedsgerichte** verletzt das im Unionsrecht (Art. 19 EUV iVm Art. 263 ff. AEUV) und im Grundgesetz verankerte **richterliche Rechtsprechungsmonopol** (Art. 92 GG).
3. ....verletzt den verfassungs- und unionsrechtlich verankerten **Grundsatz der Demokratie** durch die Verwendung **unbestimmter Rechtsbegriffe** wie „indirekte Investition“ ... , die die **demokratische Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung** durch die **Einräumung von Schadensersatzansprüchen** unverhältnismäßig einschränken und deren Auslegung einem demokratisch **nicht legitimierten Ausschusssystem (regulatorischen Rat)** überantwortet wird, das seine Spitze im Joint Committee findet. Das Europäische Parlament und die nationalen Legislativ- und Exekutivorgane sind nicht hinreichend in dieses System eingebunden. Der Union fehlt zudem im Hinblick auf eine Reihe von Regelungsbereichen die Kompetenz zur Errichtung der Ausschüsse, weshalb Entscheidungen nicht in Ausschüssen gefällt werden dürfen, in die nationale Organe nicht eingebunden sind.



# Elemente des CETA und die Folgen

4. .... beeinträchtigt durch die **Negativliste, die Ratchet-Klausel, die weitgehende Marktöffnung auch im Bereich kommunaler Dienstleistungen** und das **Verbot von Offsets**, also das Verbot der gezielten Förderung lokaler Belange, die im Unionsrecht und im Grundgesetz verankerte Garantie der **kommunalen Selbstverwaltung** unverhältnismäßig.
  
5. .... ist vor dem Hintergrund der menschen- und umweltrechtlichen Verpflichtungen der EU und der Mitgliedstaaten problematisch, weil es **Sozial-, Arbeits-, Gesundheits-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards** nicht hinreichend verankert.  
Auszug aus dem Juristisches Kurzgutachten Prof. Dr. A. Fischer-Lescano Uni Bremen Oktober 2014



# Elemente des CETA und die Folgen

## Die Stadt Köln hat zum CETA u. a. herausgearbeitet:

1. dass sämtliche öffentliche Netze für Strom, Gas, Breitband, Smart Grids, Fernwärme und Abwasser, sowie öffentl. Beleuchtung, Grünflächen und Binnenhäfen nicht geschützt sind.
2. Die Negativliste versagt der Kommune die Anpassung der Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge an die sich ständig ändernden Rahmenbedingungen.
3. Mit der Beschädigung der kommunalen Daseinsvorsorge wird das Sozialstaatsprinzip, die Sicherstellung der gesellschaftlichen Teilhabe, ausgehebelt.



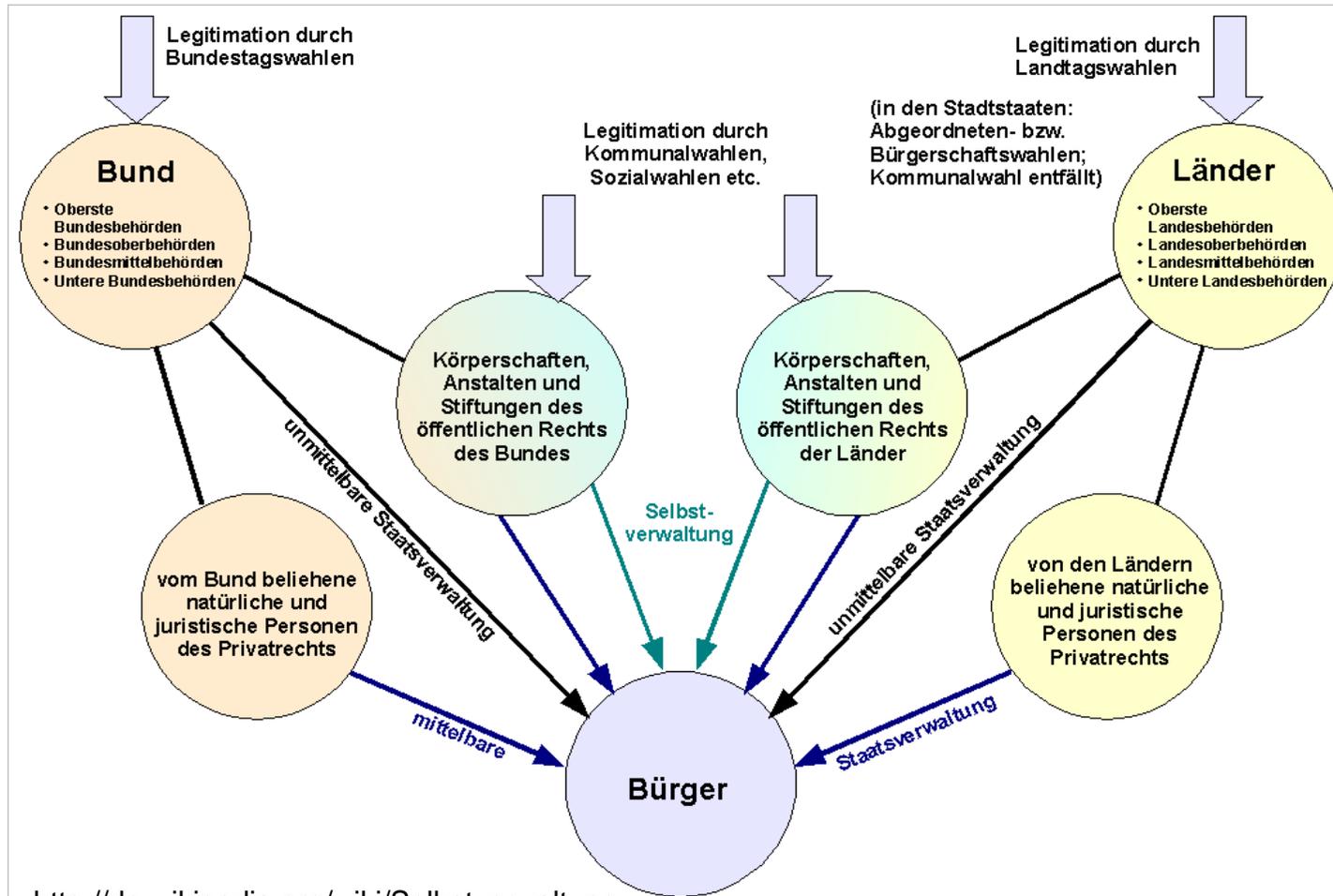


# Die Wirkung der transatlantischen Handelsabkommen mit Kanada und den USA

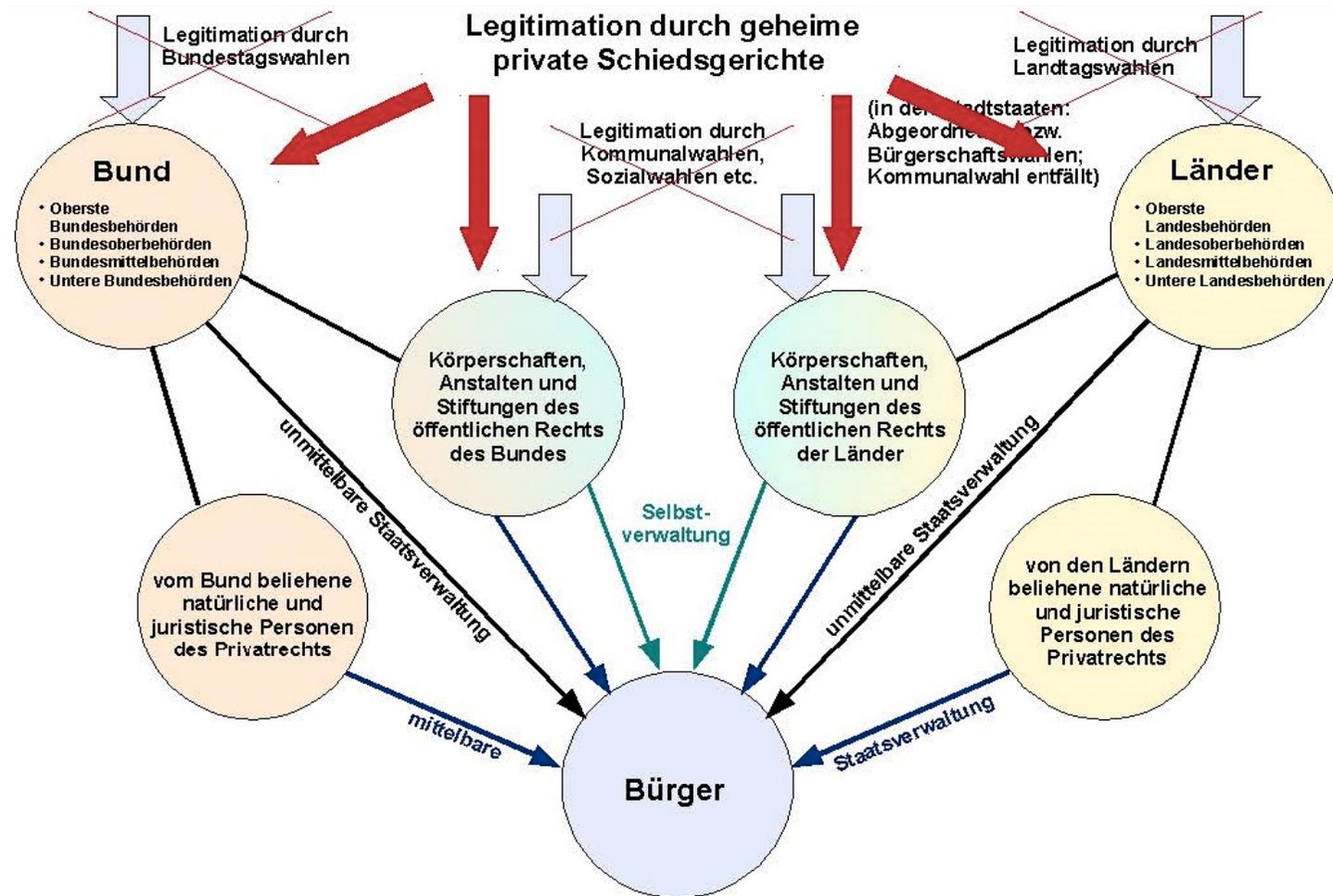
## auf die kommunale Selbstbestimmung und Daseinsvorsorge

Erstellt für die Liga Erkrath anlässlich einer öffentlichen Stellungnahme zugunsten der Stadtwerke und des Stadtrates im Februar 2014 von Enrico Engeln und Norbert Baumgarten

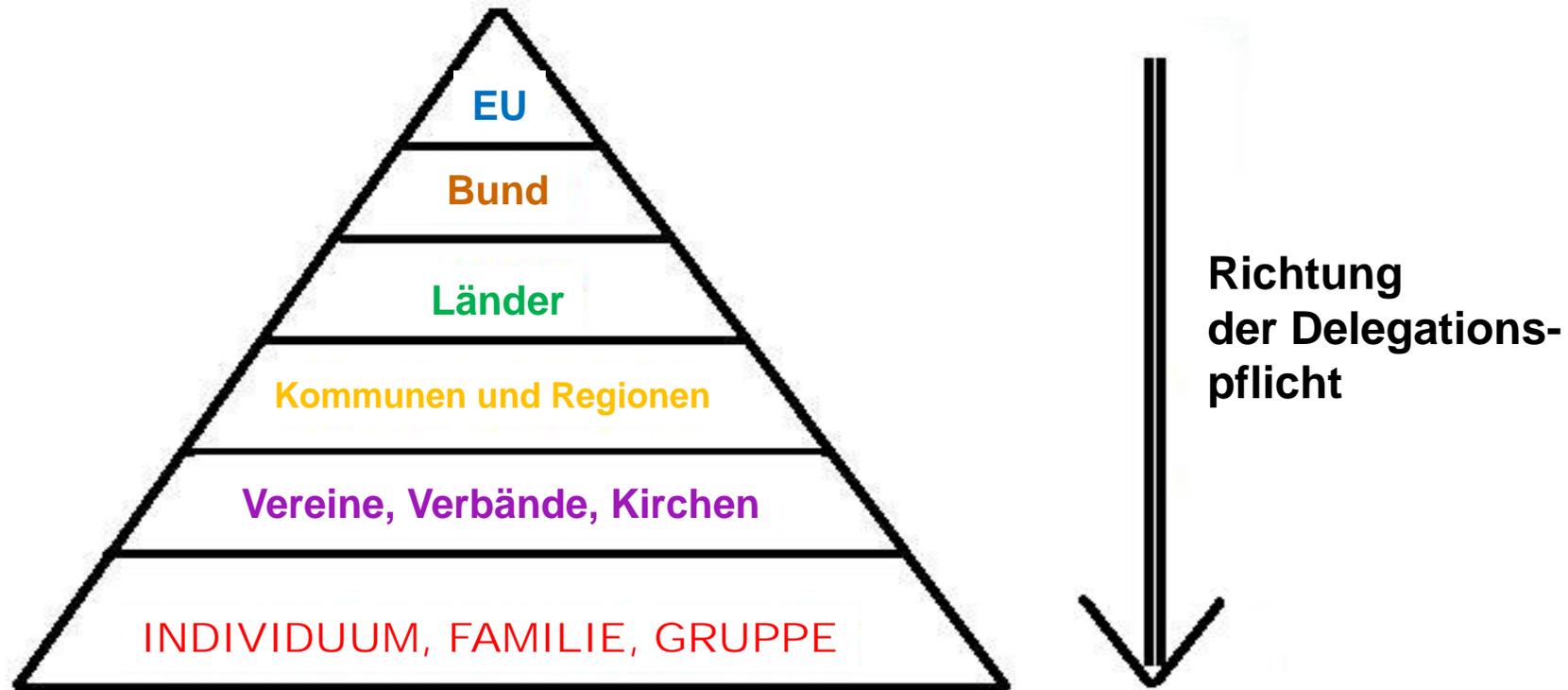
# Bislang ist alles auf den Bürger, auf das Gemeinwohl ausgerichtet.



# Schiedsgerichte und die Androhung von Klagen durch den Investor sind bestimmend



# Das Subsidiaritätsprinzip als Blaupause für staatliche Strukturen



# Das Subsidiaritätsprinzip

bedeutet vereinfacht:

Was

der Einzelne, die Familie oder Gruppen und Körperschaften aus eigener Kraft tun können, darf weder von einer übergeordneten Instanz, noch vom Staat an sich gezogen werden.

Es soll sichergestellt werden, dass

Kompetenz und Verantwortung des jeweiligen Lebenskreises anerkannt und genutzt werden.

Das schließt allerdings mit ein, die

staatliche Pflicht, die kleineren Einheiten falls nötig so zu stärken, dass sie entsprechend tätig werden können. (Artikel 28 GG)



# Charakteristische Vorteile des Subsidiaritätsprinzip werden wirkungslos!

Durch die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzip wird sicher gestellt:

- Keine Doppelstruktur
- Effizienzsteigerung
- Träger- und Wertevielfalt
- Gelebtes bürgerschaftliches Engagement
- Effektive Versorgung der Bürger

**Die zentralen Entscheidungen der Schiedsgerichte laufen diesem Prinzip zuwider und machen dessen positive Wirkung zunichte!**



# Auswirkung auf die Kommunen

## Investitionsschutz für Konzerne

Kann auch Beschlüsse von **Gemeinden** betreffen, für die der Staat vor privaten Schiedsgerichten auf hohen **Schadensersatz** verklagt werden kann, z.B. zu:

- Wasserversorgung und -entsorgung, Energieversorgung,
- Abfallbeseitigung,
- öffentlicher Nahverkehr,
- Krankenhäuser,
- Alten- und Pflegeheime,
- Schulbau, Volkshochschulen, Musikschulen,
- Kultur,
- Kindergärten,
- Flächennutzungspläne,
- Baugenehmigungen,
- Sparkassen,
- Sportstätten und Bäder.



## Kommunale Daseinsvorsorge

Die Freihandelsabkommen regeln neu, was die Kommunen noch **selbst anbieten** dürfen und was dem **Wettbewerb** unterliegen muss. Dies kann nahezu alles umfassen.

Bisher stand die

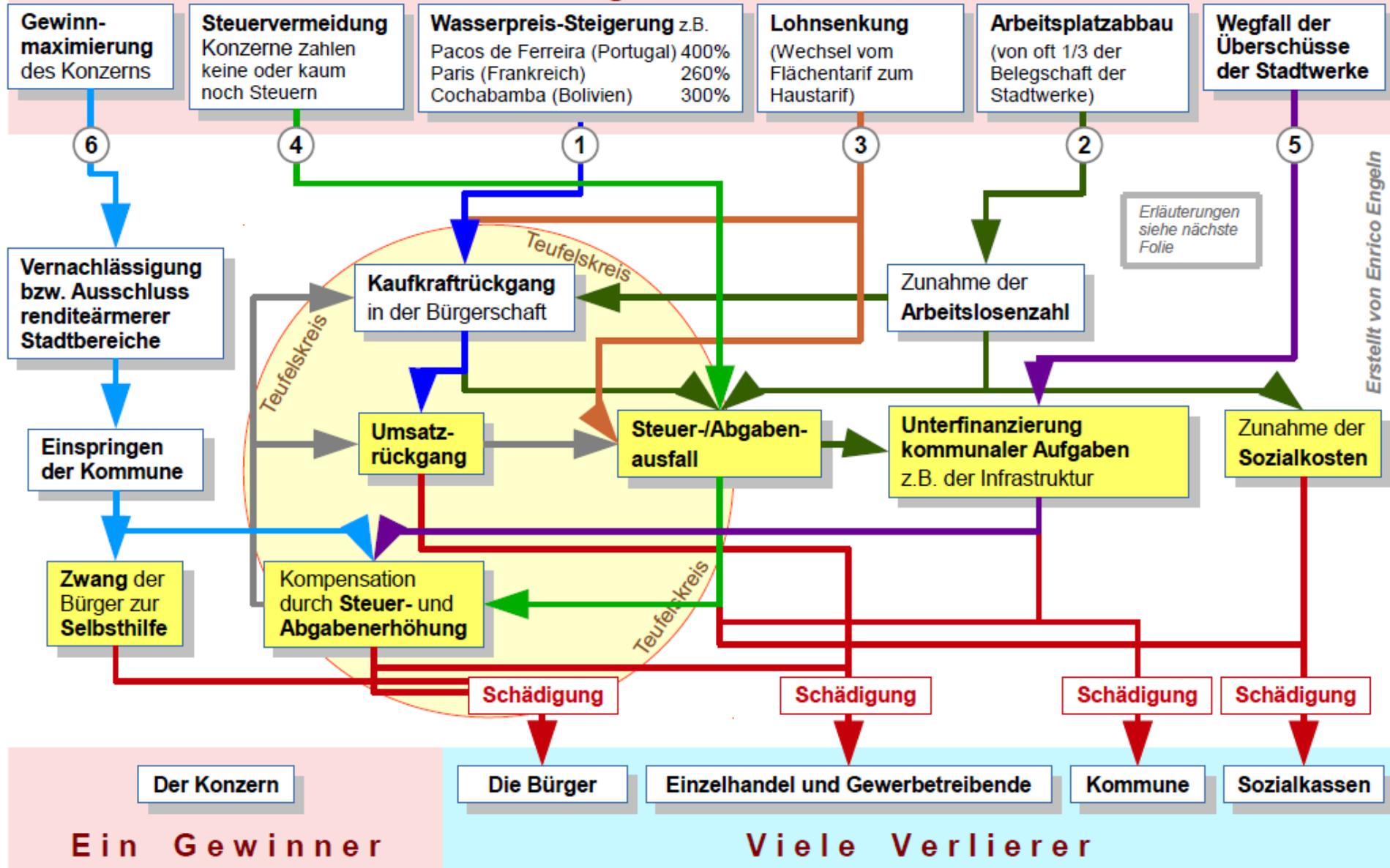
- flächendeckende Versorgung der Bürger
- mit grundlegenden Gütern
- zu einen günstigen Preis und
- guter Qualität

im Mittelpunkt.

Der **Stadtrat** hatte die **direkte Kontrolle**, und der **Bürger** konnte die Entscheidungsträger vor Ort **direkt ansprechen**.

# Auswirkung auf die Kommunen am Beispiel der Trinkwasserversorgung

## Privatisierung durch TTIP, CETA, TiSA



## Erläuterungen zum Schaubild auf Folie 15

**Vorüberlegungen:** Vielfach hat die kommunale Daseinsvorsorge von ihrer Natur her Monopolcharakter, wie z.B. die Trinkwasserver- oder Abwasserentsorgung klar zeigen. Deswegen und weil sie nicht der unmittelbaren öffentlichen Kontrolle und Steuerung entzogen werden darf, verbietet sich ihre Privatisierung.  
Ebenso verträgt sich die Sicherstellung einer flächendeckenden Grundversorgung der Bürger mit Grundgütern zu guter Qualität und günstigen Preisen nicht mit dem Grundmotiv privater Wirtschaft, der Gewinnmaximierung.

- Strang ① Die exorbitanten **Preissteigerungen** für Trinkwasser entziehen dem Bürger Kaufkraft für andere Güter – mit den entsprechenden direkten Folgen für die lokale Wirtschaft.  
**Verlierer: Bürger, Einzelhändler und Gewerbetreibende.**
- Strang ② der drastische **Arbeitsplatzabbau** bei den Stadtwerken nach der Privatisierung (oft rund 1/3 der Belegschaft) treibt die Arbeitslosenzahlen in die Höhe. Mithin steigt die Zahl derer, die nicht mehr wie zuvor durch Steuerzahlung zur Finanzierung der kommunalen Aufgaben (wie z.B. Infrastruktur) beitragen können, sondern nun unverschuldet selber Sozialkosten verursachen.  
**Verlierer: Kommune, Sozialkassen, Einzelhändler und Gewerbetreibende.**
- Strang ③ Der Privatisierung folgt in der Regel die **Lohnsenkung** durch den Wechsel der Stadtwerke vom höheren Flächentarif zum niedrigeren Haustarif. Die Folgen sind nicht nur sinkende Steuerzahlungen und Sozialabgaben des Unternehmens, sondern auch geringere Haushaltsbudgets der Beschäftigten für den Einkauf vor Ort.  
**Verlierer: Kommune, Sozialkassen, Einzelhändler und Gewerbetreibende.**
- Strang ④ Anders als Stadtwerke in öffentlicher Hand zahlen Konzerne heute keine oder kaum mehr Steuern. Dieser **Steuerausfall** muss durch höhere Steuern bei den verbleibenden Steuerzahlern und durch geringere Leistungen der Kommune kompensiert werden.  
**Verlierer: Kommune, Einzelhändler und Gewerbetreibende.**
- Strang ⑤ Die Überschüsse der Stadtwerke in öffentlicher Hand gehen an die Stadtkasse. Nach der Privatisierung aber entfällt mit diesen Überweisungen die **Mitfinanzierung des Stadthaushalts durch die Stadtwerke**, wodurch der Finanzierungsdruck auf die übrigen Steuer- und Abgabepflichtigen nochmals steigt.  
**Verlierer: Kommune, Bürger, Einzelhändler und Gewerbetreibende.**
- Strang ⑥ Zur Gewinnmaximierung konzentrieren die Konzerne nach der Privatisierung ihre Aufmerksamkeit auf die renditeträchtigen Filetstücke in den zentralen Teilen der Städte, während sie deren **Randbereiche vernachlässigen**, oft gar unversorgt lassen oder aber für die dortige Wasserversorgung unverhältnismäßig hohe Preise verlangen. Die Folge ist häufig, dass in den unterversorgten Gebieten die öffentliche Hand oder die Betroffenen selber für den Zugang zum Wasser sorgen müssen.  
**Verlierer: Kommune, Bürger, Einzelhändler und Gewerbetreibende.**

# Auswirkungen besonderer Ausgestaltung der Verträge auf die Kommunen

## Positiv- Negativlisten – Ansatz

- **Positivansatz:** Benanntes unterliegt der Liberalisierungspflicht
- **Negativansatz:** Nur Benanntes unterliegt nicht der Liberalisierung

## Standstill-Klausel und Ratchet-Klausel

Alle drei Handelsabkommen enthalten diese Klauseln.

- Die **Standstill-Klausel** besagt, dass nach einer Einigung der erreichte **Status der Liberalisierung nicht mehr aufgehoben** werden darf.
- Die **Ratchet- Klausel** (Sperrklinke) besagt, dass **einmal privatisierte Unternehmen nicht mehr rekommunalisiert** werden dürfen.



## Weitere Auswirkungen der transatlantischen Handelsabkommen auf den Bürger / Kommunen

- Mit einem CETA + TTIP in Form eines „**Living Agreement**“ und statt Schiedsgerichte einen „**Regulatorischen Rat**“ („RR“) vermeidet man die heißen Eisen der aufgebrachtten Öffentlichkeit zu benennen und zugleich schreibt man harmlos klingende neue Strukturen fest, in denen sich die Staaten verpflichten zum fortlaufenden Dialog zur weiteren Deregulierung über den „RR“ **ohne Öffentlichkeit**. Im Weiteren verpflichten sich die Mitgliedsstaaten **neue Gesetzesvorhaben** der EU und der Mitgliedsstaaten **vor der Beratung in den parlamentarischen Gremien zuvor vom „RR“ prüfen zu lassen** auf ihre mögl. Auswirkungen auf die transatlantischen Handelsbeziehungen. **Ohne Freigabe durch den „RR“ keine neuen Gesetze innerhalb der EU oder ersatzweise Schadensersatzklagen.**
- Auch hier steht nicht mehr der Bürger und seine demokratisch legitimierten Volksvertreter im Zentrum des Staates, sondern der Investor, siehe hierzu das Zitat von Frau Roth-Behrendt. Auch dies hat Einfluss auf den Stadtrat.



# Weitere Auswirkungen der transatlantischen Handelsabkommen auf den Bürger / Kommunen

- **Das Verbot von Offsets**, also das Verbot der gezielten Förderung lokaler Belange benachteiligt regional gebundene Akteure/KMU bedeutet:
  - A) Konzerne können ihre Wettbewerbsvorteile gegenüber KMUs nutzen, wie z. B. günstigere Einkaufsquellen, geringere Strukturkosten durch geringere Präsenz vor Ort, Steuervorteile.
- **Unbestimmte Rechtsbegriffe** in CETA & CO heben die in Europa über Jahrzehnte erarbeitete Rechtssicherheit, die von verbindlich festgelegten Begrifflichkeiten ausgeht auf, z. B. das im Lissabon-Vertrag ausdrücklich geschützte Subsidiaritätsprinzip + die kommunale Daseinsvorsorge.
  - A) Es ist möglich über Schiedsgerichtsverfahren und dem regulatorischen Rat neue Rechtssicherheit aufzubauen! (Ohne Mitwirkung der Parlamente!)



# Auswirkungen auf die Bürger

## Interessenswechsel in der Kommunalpolitik

In traditioneller kommunaler  
Daseinsvorsorge

Unter künftigem Investitionsschutz  
für Konzerne

Orientierung am

**Bürger**

- an seinen Interessen und seinen Nöten (z.B. Lärmschutz),
- flächendeckender und verlässlicher Versorgung,
- Qualität und Preis

Orientierung am

**Investor**

- an Konzerninteressen,
- am Konzerngeschäftsmodell,
- an maximaler Gewinnerzielung

### Folgen

- **Örtliche Einwendungen** stehen nun im Bezug auf die Gesamtaktivitäten der Konzerne und haben oft kaum Bedeutung.
- **Segregation von Kommune und Entscheidungsträger**. Diese können nun Tausende Kilometer entfernt sitzen.
- Problemvermeidungsstrategien in der Kommunalpolitik:  
Sollte sich ein potenzieller Investor in seinen Planungen schon benachteiligt oder seine Gewinnerwartungen geschmälert sehen, könnte dies zu hohen finanziellen Forderungen gegen den Staat führen. Dann lässt im Zweifel die Kommune lieber gleich von ihrem Vorhaben ab.



# Auswirkungen auf die Bürger



## ■ Standstill-Klausel und Ratchet-Klausel

Alle drei Handelsabkommen enthalten diese Klauseln.

- Kommt CETA zur „**vorläufigen Anwendung**“, noch vor Unterzeichnung des Vertrages oder sind die Verträge unterschrieben, **gibt es kein zurück mehr!**
- Späteres Wehklagen wie, „das haben wir doch nicht gewusst und nicht gewollt“ und „wie konnten die nur“ wird alles nicht mehr helfen.
- Helfen wird später nur viel Geld. Wer viel Geld hat wird auch zukünftig eine gute Versorgung und die Wahl haben.
- Wer nicht viel Geld hat oder etwas abseits wohnt, wird uninteressant sein für die privaten Anbieter.
- Die Konzerne, die kaum mehr Steuern zahlen, picken sich die Sahnestücke heraus! Der Rest (der kostenintensive / verlustträchtige Teil) ist für die öffentliche Hand!



# Aktuelle Zitate aus Wissenschaft und Politik

- **Susan George**, (franz. – amerik. Politikwissenschaftlerin und Präsidentin des Rates des Transnational Institutes (Internationales Institut, 1973 in Amsterdam gegründet) in „Was tun?“ Sendereihe auf Arte TV in 2013 zitiert Sie Adam Smith (1723-1790) renommierter Wirtschaftswissenschaftler und Vertreter des freien Marktes) **„Die Herrschenden wollen alles für sich und nichts für die anderen!“** und weist darauf hin, dass dieser Macht nur durch Allianzen der Menschen begegnet werden kann, denen das Gemeinwesen etwas bedeutet.
- **Dagmar Roth-Behrendt**, SPD Vizepräsidentin des Europäischen Parlament im TV – Beitrag von Monitor zum transatlantischen Handelsabkommen am 30.01.2014: **„Dann lösen wir das europäische und viele nationale Parlamente auf** und lassen es gleich die Industrie und den Handelskommissar .....selbst machen.“



# Was tun?

## Konkrete Möglichkeiten auf unterschiedlichen Ebenen

- Durch die Teilnahme an **öffentlichen Kundgebungen**, wie morgen beim **internationalen Protesttag gegen die Freihandelsabkommen** sichtbar machen, dass für viele Bürger Demokratie wichtig ist.
- Wir können für das, was für uns bedeutsam ist **durch öffentliche Erklärungen** eintreten. Wirkungsvoll ist dies, wenn es von lokalen Bündnissen, wie z. B. der Liga Erkrath, per Presseerklärung erfolgt.
- Bürger können durch **Mitzeichnung** öffentlicher Aufrufe (Unterschriftensammlungen) wie beim **neuen EBI gegen CETA & TTIP & TiSA** deutlich machen, dass ihnen die über Jahrhunderte mühselig erkämpften Bürgerrechte wichtig sind.
- Bürger können von ihrem Recht des **Bürgerantrages** gebrauch machen.
- Bürger können eine **Verfassungsbeschwerde** beim Bundesverfassungsgericht einreichen **oder** einer solche unterstützen, **aktuell gegen CETA**.





> JETZT MITGLIED WERDEN!  
> JE...  
ONL...

STARTSEITE **KAMPAGNEN** WAS IST ATTAC? THEMEN BILDUNGSANGEBOT PRESSE AKTIV WERDEN! SPENDEN

Attac-Suche

**FREIHANDEL SFALLE TTIP**

**HINTERGRUND**

**EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE**

**AKTIONEN +**

- 10.10. Großdemo
- Handelshemmnis
- Buchhandlungen
- + TTIP in Kommunen**
- Ergänzungen
- Maulkorb
- Wie weiter?
- Regionale Aktionen

**MATERIALIEN**

**KAMPAGNENGRUPPE**

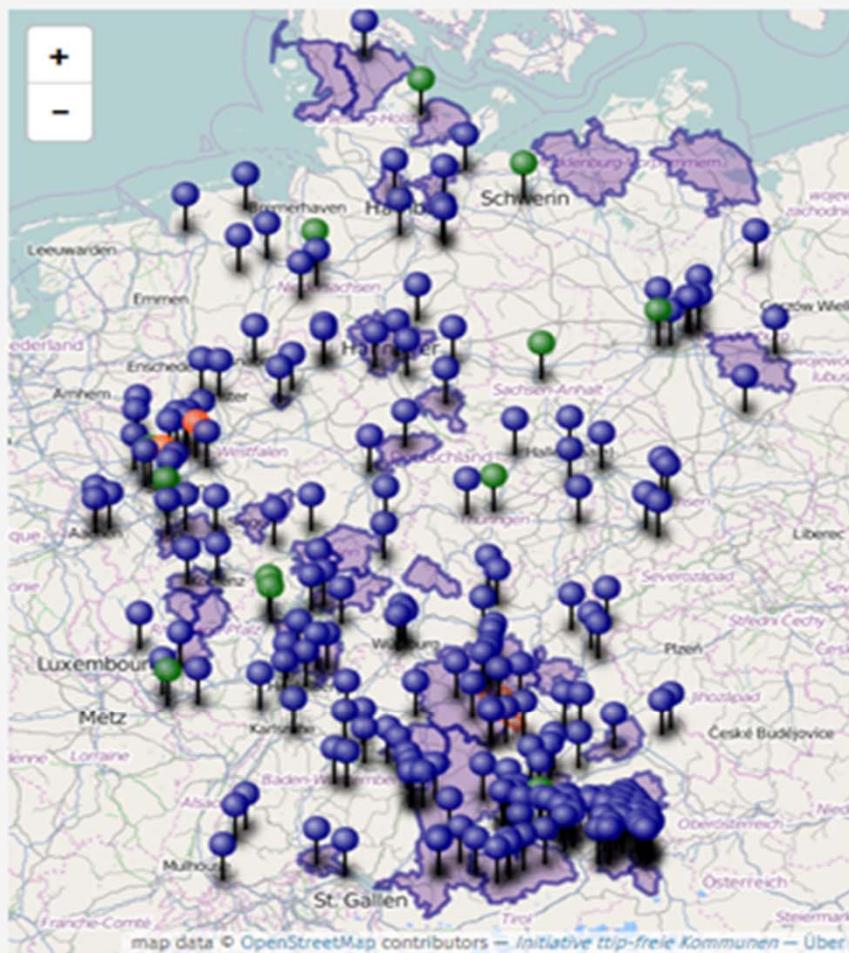
**SPENDEN**

Newsletter abonnieren

E-Mailadresse →



**KOMMUNALE INITIATIVEN GEGEN TTIP & CO**



(orange: vorbildliche Beschlüsse; dunkelgrün: Landeshaupt- oder Millionenstädte)

**Das Projekt "10.000 TTIP-freie Kommunen"**

TTIP, CETA und TISA hätten auch weitreichende Auswirkungen auf die kommunale

**Arbeitsmaterialien für Eure ttip-freie Kommune**

- + Anschreiben an Attac-Gruppen
- + Muster-Bürgerantrag / Resolution (Stand 10.5.15)
- + Argumentationshilfe
- + Leitfaden zum Vorgehen
- + Muster-Pressemitteilung
- + Ergänzungen / Aktualisierungen

**Übersicht als Plakat**

- + Übersichtsplakat ttip-freie Kommunen (Bild; A3; Stand 2.6.15)
- + Übersichtskarte ttip-freie Kommunen (teils Vektor; A1; Stand 14.4.15)
- + DIN A1-Plakat in vier Teilen: o.L., u.L., u.R., u.U.



Weitere Informationsmaterialien